

# SOZIALDEMOKRATISCHE ZAGESZEITUNG FÜR HALLE

Bezirk Merseburg

Das "Vollblatt" erscheint mit Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisations- und amtlichen Organ verschiedener Verbände. Schriftleitung: Gr. Märkerstraße 6, Bernsdorf-Anschluß Nr. 246/25, 246/27, 246/28. Persönliche Zustellung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Umverlagt einzelnen Manuskripten ist Retz des Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 RM. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,10 RM. für Mehrere wöchentlich 0,45 RM. Belegpreis 2,10 RM. durch Vorboten angelegt 2,50 RM. bei direkter Einlieferung an den Bestag 2,40 RM. — Anzeigenpreis 13 Bg. im Anzeigen- und 80 Bg. im Belegpreis der Blätter, Geschäftsstellen: Gr. Märkerstraße 6, Bernsdorf 246/25, 246/27, 246/28. Belegdruck 20319 Grütz.

## Wann wird Hitlers Sofortplan erfüllt?

Wichtige und sachliche Fragen, auf die das Volk Antwort erwartet!

Adolf Hitler, der als Reichkanzler die Massen mit seinem Vierjahresplan verlockt, hat vor nicht allzu langer Zeit, als er noch nicht Reichkanzler war, ein phänomenales Sofortprogramm angekündigt. Das war vor den Juliwahlen 1932. Mit diesem Programm hat man bei den Nazis viel herumgelauscht. Nach kommunistischen Mäulern wurde dieses Programm losgerissen als Generallinie abgefeilt. Warum, so fragt man sich, hat Adolf Hitler nicht als Reichkanzler auf dieses Programm juridisches Gewicht und stellt es dem gegenwärtigen Reichkanzler an einer Meihel, wichtige Punkte seines Sofortprogramms vom Sommer 1932 durchzuführen?

Das Sofortprogramm der Nazis vom Juli 1932 forderie:

### 1. Öffentliche Arbeitsbeschaffung

Heute hört man von dieser Forderung nichts. Als man den Nazis im Sommer 1932 sagte, dieses Programm müsse zu einer Inflation führen, nahmen sie diesen Vorwurf in Kauf. Heute erklärt die Regierung, deren Chef Hitler ist, jegliches Inflationsexperiment für ausgeschlossen. Damit fällt die nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung im Winterdenkmal glattweg ins Wasser. Am übrigen gibt ja Adolf Hitler mit Jugenburg und von Papen in einer Regierung, denen jede Förderung der öffentlichen Wirtschaft ein Greul ist.

### 2. Aufgabe der Goldwährung

Auch davon kann nach der Versicherung der gegenwärtigen Reichsregierung jedes Währungs-experiment zu vermeiden, wohl kaum noch die Rede sein.

### 3. Verstaatlichung des Bankwesens

Hier handelt es sich um einen Punkt, den Hitler ohne weiteres durchführen könnte. Wir erinnern nur daran, daß die Sozialdemokratie die Verstaatlichung der Banken seit Jahr und Tag fordert und positive Vor schläge dafür ausgearbeitet hat. Bei der Sozialdemokratie wird Hitler, wenn er sich zur Bankverstaatlichung entschließen sollte, träftigste Unterstützung finden. Aber man hört nichts davon, daß Hitler will. Andererseits verstaatlicht die nationalsozialistische Regierung in Oldenburg die kommunalen Sparkassen. Es wird also verstaatlicht, was bereits verstaatlichtes Organ der öffentlichen Hand ist. Von der Verstaatlichung privater Banken hört man nichts.

4. Staatliche Kontrolle der Kartellpreise. Ausgerechnet vermalte Herr Jugenburg das Wirtschaftsministerium, dessen Aufgabe die Beaufsichtigung der Kartelle und der Kartellpreise ist.

5. Befestigung der Luftkondensationsanlagen. Auch davon hört man bis jetzt nichts und wir befürchten, daß die Regierung darüber nichts hören läßt.

6. Festsetzung eines Höchstgehalts von 12 000 Mark jährlich für die Betriebe der öffentlichen Hand und entsprechende Angleichung der in der Privatwirtschaft geübten Gehälter.

Adolf Hitler könnte mit diesem Antrag, der genau einer sozialdemokratischen Forderung entspricht, jeden Augenblick eine Mehrheit im Reichstag finden. Warum jagert Adolf Hitler? War diese Forderung nur für den Wahlkampf 1932 bestimmt?

7. Sondersteuer für hohe Einkommen und hohen Aufwand. Auch dafür könnte Hitler jederzeit eine Mehrheit finden.

8. Beschleunigte Durchführung einer gesunden Dfließung. Wegen einer gesunden Dfließung hat nur die Kaufschöne Oberlicht der Junter und Dfließ-

## Kampfsentschlössen!

Die Wahlvorbereitungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beendete!

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat ihre organisatorischen Vorbereitungen für den Wahlkampf beendet.

Schon am vergangenen Sonntag haben eine Reihe von Bezirksorganisationen die gegenwärtige politische Lage eingehend erörtert und die Kandidatenlisten aufgestellt. Am Mittwoch trat der Sozialdemokratische Parteiauschuß in Berlin zusammen. Die hier erstatteten Berichte zeigten übereinstimmend von der Kampfsentschlössenheit in allen Bezirken der Partei. Vom einfachen Mitglied bis zum bekanntesten Funktionär steht die Gesamtpartei zum entscheidenden Kampf bereit.

Der Parteiauschuß beschloß einmütig, für den Reichstag die bisherige Reichsliste, die von dem Parteivorstand Otto Braun, geführt wird, sowie für den Preussischen Landtag die jetzige Landesliste, geführt von Ministerpräsident Dr. Marum, wieder aufzustellen. Um bei den bevorstehenden Wahlen keine verfassungsmäßigen Stimmen verlorengehen zu lassen, stimmte der Parteiauschuß der Listenverbindung mit der Staatspartei bei den Wahlen zum Reichstag und zum Preussischen Landtag zu. Es handelt sich dabei um einen rein technischen Vorgang, jede Partei bleibt politisch völlig frei.

Der Parteiauschuß stimmte auch dem Vorschlag des Parteivorstandes zu, den für den 12. März in Aussicht genommenen Parteitag um 14 Tage, und zwar auf den 26. März, zu verschieben. Tagungsort bleibt Frankfurt a. M.

## Reichswahl- und Landeslistenvorschlag

Einmütig aufgestellt! / Genossinnen und Genossen, die uns im Kampfe führen

Parteivorstand, Kontrollkommission und Parteiauschuß der Sozialdemokratie haben am Mittwoch einmütig beschlossen, den für die Novemberwahlen aufgestellten Reichswahlvorschlag unverändert zu lassen. Der Reichswahlvorschlag der SPD für den 5. März 1933 lautet:

Weis, Crispian, Vogel, Dr. Breitscheid, Dr. Pilsbering, Frau Juchacz, Landsberg, Dittmann, Großmann, Stämpfer, Dr. Marum, Scheffel, Larnow, Wölter, Seppel, Hüll, Bernhard, Stelling, Stäcken, Gellert, Wolenski, Sievers, Smöh, Händner, Karl, Schiff, Schwerdtfeger, Schiffens, Sorlacher.

Die sozialdemokratische Landesliste zum Preussischen Landtag lautet wie folgt: Braun, Gebering, Grzeszinski, Grimm, Weilmann, Weithof, Frau Sanna, Gajewski, Trügemüller, Dr. Rosenfeld, Schmidt-Bodrum, Cröbby, Lang, Hymel, Kukur, Klingelhöfer, Wildung, Schwarz, Weilmann, Reinhold, Scharfischwerdt, Hildebrandt, Müller-Gameln, Gillemeister.

## Nationale Regierung

Der Erfolg in England

Auch England hat eine Stamm "nationale Regierung". Es hat sie schon seit dem Jahre 1931. Sie wurde gebildet, um angehend durch eine große Kräfteanstrengung des ganzen Landes die Krise zu überwinden. Bei dem Regierungsantritt der "nationalen Regierung" wurden in England ähnlich hohne Reben abgehalten, wie beim Amtsantritt der Hitler-Regierung in Deutschland. Nun ist die Regierung der "nationalen Konzentration" in Großbritannien schon einige Jahre am Ruder. Was hat sie geleistet? Was hat sie vor allem für Erfolge in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit? Die Arbeitslosigkeit ist in England — geteilt. Ende 1931 standen nahezu 150 000 Arbeiter weniger in Beschäftigung als ein Jahr zuvor. Ende Januar 1933 gab es 175 000 Arbeitslose mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

## Linksregierung hilft

Dänische Winterhilfe

Kopenhagen, 7. Februar.

Der Sozialminister hat im Jolleting einen Gesetzesvorschlag eingebracht, wonach allen Arbeitslosen und deren Angehörigen sowie auch anderen Hilfsbedürftigen, im ganzen etwa 400 000 Personen, unentgeltlich 1/2 Kilo Rindfleisch unentgeltlich verabfolgt werden. Der Landwirtschaftsminister hat einen Gesetzesvorschlag eingebracht, der den notleidenden Landwirten die Möglichkeit gibt, gegen Pfändsicherheit im Entzehr 1933 bei Kaufleuten, die ihnen Kunsfdänger, Saatgut usw. geliefert haben, Kredit zu erhalten.

## Import und Export erliegen

Einen interessanten Beitrag liefert eine Aufschrift an die „Deutsche Getreide-Zeitung“ über die Wirkungen der amtlichen Getreide-

politik auf den Getreidehandel. In dieser Umschrift heißt es:

„Der Import ist vollkommen zum Erliegen gekommen, der Export desgleichen und der Landhandel wird nach den neuesten Anordnungen zugunsten der Landwirtschaft es sich reichlich überlegen, ob er nicht besser tut, das Geld, das er noch hat, zu behalten, als es weiter zu riskieren.“

## Technische Verbindung

Die Deutsche Staatspartei wird in allen deutschen und preussischen Wahlen mit eigenen Listen in den Wahlkampf einziehen. Zur Sicherung ihrer Stimmen wird sie ihre Reichs- und Landeslisten dem Reichs- und Landeswahlvorschlag der SPD technisch einschalten. Beide Parteien stellen fest, daß es sich bei dieser Abmachung um eine rein technische Lösung handelt, die im Interesse der Republik geboten ist.

ipekulanten Interesse. Wer entscheidet in Zukunft, die Interestsicht oder das Volk, das eine gesunde Siedlung will? Wenn man aber eine gesunde Siedlung will, dann muß mit dem Dfließfand ein Ende gemacht werden. Das Verhältnis das die gegenwärtige Regierung so eng mit dem Jungniehnen der Dfließ verbindet, würde wohl dabei sehr getrübt werden. Demzufolge wagen wir es nicht, auf den Anfang mit einer gesunden Dfließung zu hoffen.

## 9. Verstaatlichung der kapitalistischen Monopole.

Mit dieser nationalsozialistischen Forderung, der ein alter sozialdemokratischer Antrag im Reichstag entspricht, ist zweifellos die meistaus große Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden. Nicht einverstanden mit dieser Forderung sind die Angenehmer der Monopolpreise — und Herr Jugenburg, der das für diese Frage zuständige Reichswir-

tschaftsministerium vermalte. Wie kann überhaupt eine Partei, die die Verstaatlichung der Banken und die Verstaatlichung der Monopolwirtschaft in ihr Sofortprogramm aufnimmt, wie das die Nazis getan haben, Herrn Jugenburg das Reichswirtschaftsministerium überlassen? Ausgerechnet Herrn Jugenburg, der als Vertreter der extremsten primitiv-kapitalistischen Wirtschaftsweise bekannt ist.

## 10. Unterstellung der Aktiengesellschaften unter Staatsaufsicht.

Gegenwärtig finden Beratungen über eine Reform des Aktienrechts statt, in deren Rahmen Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften diese Forderung energisch vertreten. Ob sie dabei die tatkräftige Unterstützung der Regierung finden? Wir bezweifeln das.

Zur einen Punkt im nationalsozialistischen

Sofortprogramm möchten wir anders behandeln. Nämlich die Forderung der Nazis nach Einführung der Arbeitsdienpflicht. Allem Anschein nach ist das der Punkt aus dem Nazi-Programm von 1932, für den sich die Regierung Hitler ernstlich interessiert. Der übermäßige Teil der deutschen Arbeiterschaft hat natürlich für diese Forderung kein Interesse. Die Regierung Hitler wird, wenn sie die Arbeitsdienpflicht weiterverordnet, aber erst die Frage zu beantworten haben, wie sie die rund 700 bis 800 Millionen Mark pro Jahr aufbringen will, die diese Arbeitsdienpflicht kostet.

Wer so viel verdröhen hat wie Adolf Hitler, hat natürlich die Pflicht, seine Versprechungen so weit zu erfüllen, wie das möglich ist. Viele Forderungen, die Adolf Hitler in seinem Sofortprogramm mit seinem Namen gebekt hat, sind ohne weiteres zu erfüllen. Auch die nationalsozialistischen Massen verlangen Antwort, wann die Erfüllung kommt?

# Sechsjahresplan gegen den Marxismus Prophezeiungen

## Davon wird das Volk nicht satt!

Süher hat wieder einmal geredet, und zwar am Mittwoch unmittelbar vor einer Kabinettsitzung, die sich mit wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen befaßte.

Um keine unnötige Spannung zu erzeugen: weder bei dieser Rede Hilters noch bei dieser Kabinettsitzung ist etwas herausgekommen, das eine Antwort ist auf die Frage: wo ist denn man der famose Sechsjahresplan? Wie steht es mit Arbeit und Brot? Um so wichtiger war die Einführung des neuen Rede-Hilters im neuen Regierungskollegium, dem Berliner „Angriff“:

„Am Mittwochsabend, eine Stunde vor der Kabinettsitzung, empfing der Reichsführer Adolf Hitler in der Reichskanzlei die inländische Presse. Es ist mit bedauerlichen Auslassungen des Führers zu rechnen.“

Vor der inländischen Presse sind die bedeutendsten Ausführungen des Führers ebenfalls nicht gemacht worden. Ob er sie in der Kabinettsitzung

machte oder der gefamten Presse vor unbedeutende Fragen über den Inhalt seines Sechsjahresplans gestellt zu werden? Hier Jahre sind eine lange Zeit. Sie lassen reichlichen Spielraum, um mitzuteilen, was der Inhalt des Sechsjahresplans sein soll. Es lassen vor allen Dingen genügende Zeit, sich darüber zu unterhalten, was man in dem Sechsjahresplan hineinbringen soll, nachdem man ihn einmal feierlich angetündigt hat. Es wird zwar nicht ganz leicht sein, einen

Hitler-Jugenderlebnis Sechsjahresplan, eine Kreuzung aus Nationalsozialismus und Großkapitalismus, zustande zu bringen, aber im Laufe von vier Jahren ist genügende Beratungszeit gegeben.

Bis zu den Wahlen jedoch sind noch nicht einmal mehr vier Wochen. Und wenn es so weiter geht, wird bis zu den Wahlen

was die Prophezung eines Sechsjahresplans vorliegen, darüber hinaus aber nicht weiter!

Von Prophezeiungen wird das Volk nicht satt. Das hat es inzwischen gelernt. Es will Freiheit, es will Arbeit und Brot. Gleich der Freiheit hat es eine Verordnung gegen die Pressefreiheit erhalten. Auf Arbeit und Brot aber ist es vier Jahre warten. Das ist die Regierungsmacht des neuen „Systems“.

# Paul Boncour: „Europa erwache!“

## Genfer Generaldebatte über den französischen Abrüstungsplan

### Eigener Bericht

Genf, 8. Februar.  
In der Generaldebatte über den französischen Abrüstungsplan verteidigte am Mittwoch Außenminister Paul Boncour die französische Sicherheitspolitik und unumgänglich als je.

Durch einen langen geschichtlichen Rückblick verhalf der Vertreter Frankreichs zu beweisen, daß die Praxis des Völkerbundes die Abrüstung unrennbar mit der Sicherheit verbunden habe. Seit Locarno sei nichts Ähnliches mehr geschehen, um die ungenügende Sicherheit durch gegenseitige Abkommen zu garantieren.

Die Voraussetzung hierzu sei die Abrüstung, die in Clappen erfolgen müsse. Der französische Plan ändere nicht nur die Grundbezeichnungen für den Armeekorper, sondern er ändere auch Aufbau und Größe der Armeen, um ihre Angriffskraft herabzusetzen. Wegen des Kriegsmaterials müsse man endlich die höchste Idee der Welt aufgeben, der Krieg könne humanisiert werden. Als Angriffsarmee müsse man diejenigen verbieten, die zur Zerschlagung feiner Verteidigungswerte geeignet seien. Für das Schlachtfeld könne man keine Unternehmung finden zwischen Angriffswaffen und Verteidigungswaffen. Daher schloge Frankreich vor, dieses Material zu internationalisieren.

„Europa erwache!“ rief Paul Boncour zum Schluß seiner großen Rede. Ein europäischer Kontinentalpakt innerhalb des Völkerbundes müsse geschlossen werden, wodurch die Achtung des Krieges untertütigt werde durch gegenseitige Verpflichtung zu militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen gegen den Angriffskrieg, für dessen Bestimmung es keine Schmierigkeit gebe, wenn man den festen Willen habe, ihn zu finden.

Das Büro wird am Donnerstag beendigen, ob der französische Plan in Kommissionen weiterberaten oder zunächst der englische Arbeitsplan in Angriff genommen werden soll.

# Klage wegen Landtagsauflösung

Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsgerichtshof am Mittwoch wegen der Auflösung des Preussischen Landtags ebenfalls eine Klage überreichen lassen:

Die Klagefrist enthält den Antrag, dem Staatsgerichtshof wolle entscheiden: 1. Die am 6. Februar durch den Reichsstaatsminister v. Papen und den Präsidenten des Preussischen Landtags Kerz ausgesprochene Auflösung des am 24. April 1932 gewählten Preussischen Landtags steht mit der Reichsverfassung und der preussischen Verfassung nicht im Einklang und ist daher unzulässig. 2. Der Reichsstaatsminister für das Saad Preußen durfte eine Neuwahl zum Preussischen Landtag nicht anberaumen; die von ihm anberaumte Neuwahl ist unzulässig.

In der Begründung des Antrags wird ausgeführt, daß sich der Landtag nur auflösen könne durch eigenen Beschluß, durch Beschluß des Dreimännerkollegiums und durch Volksentscheid, daß der Landtag den Antrag auf Auflösung abgelehnt habe, und daß das Dreimännerkollegium, das auf Einladung des Präsidenten Kerz in der Zusammenkunft Braun, Adenauer, Kerz zusammengetreten sei, die Auflösung ebenfalls ablehnte. Man habe dann versucht, die Auflösung auf andere Weise herbeizuführen, und zwar durch die Verordnungen, die den Reichsstaatsminister v. Papen, nach Auflösung der Staatsregierung fassungslos, in das Dreimännerkollegium einbrachte. Die Klagefrist führt ferner an, was in der Sitzung des Dreimännerkollegiums im einzelnen ausgeführt wurde. Sie bezieht sich endlich auf die Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober, in der festgestellt sei, daß zu den Verfassungsvorgängen, die nicht befähigt werden könnten, die Bestellung der Länder, der Aufbau der Länder und die Völkerverträge gehören. Als Anlage werden die Verfügungen der verschiedenen Anträge im Landtag und ein Auszug aus den Akten in der Landtagsauflösung vom Sonntag beigefügt.

# Hannovers Provinzialauschuss Eigener Bericht

Hannover, 8. Februar.  
Der hannoversche Provinzialauschuss hat Stellung genommen zu dem diktatorischen Vorgehen der Reichsstaatskommission gegen Preußen und beschloß, beim Staatsgerichtshof Klage gegen die Auflösung des hannoverschen Provinziallandtags zu erheben. Die Verfügung sei in Unkenntnis der wirtschlichen Gesetzesbestimmungen ergangen. Ferner hätten die Juristen festgestellt, daß es nach der hannoverschen Städteordnung eine Aufhebungsbeschlusses für die kommunalen Einrichtungen überhaupt nicht gäbe. Nach der hannoverschen Städteordnung müssen die kommunalen Selbstverwaltungskörperchaften ein natürliches Ende erreichen, wenn nicht direkte Befehle etwas anderes bestimmen.

# Zorgler wollte reden Nachklänge zur Luftgardendemonstration

Die am Dienstag in Berliner Luftgärten veranstaltete Demonstration der Sozialdemokratischen Partei und der Eisernen Front war nach den übereinstimmenden Berichten die größte seit den Tagen des November 1918. Nie zuvor war die Berliner Arbeitererschaft von ähnlichem Kampfeswillen und Begeisterung getragen. Tausende von Kommunisten waren Schulter an Schulter mit ihren

sozialdemokratischen Arbeitsbrüder geschlossen aus den Betrieben, aus Lagern, aus Werkstätten, ein Bewußt, wie die Arbeiterklasse, ohne Unterbrechung der Arbeit, die Notwendigkeit der Stunde begriffen hat. Anders die kommunistischen Führer.

Unmittelbar vor der Rede des sozialdemokratischen Führers Otto Wels erschien der kommunistische Reichstagsabgeordnete Lorgler auf der Tribüne und hat, nach Wels eine Anrede gehalten zu dürfen. Von den Leitern der Veranstaltung, dem sozialdemokratischen Bezirksvorstand Berlin, wurde ihm erwidert, dazu sei es zu spät. Lorgler hätte einige Stunden vorher mit seinem Antrag kommen müssen, damit er von den verantwortlichen Stellen hätte beraten und die Einzelheiten hätte festgelegt werden können. Die unvermittelte Rede eines kommunistischen Abgeordneten hätte zweifelslos auf den Plan gerufen, daß in Preußen jede öffentliche SPD-Demonstration verboten ist. Die Wirkung eines politischen Eingreifens auf einige hunderttausend dicht zusammengebrängter Menschen hätte unübersehbar Folgen haben können. Der Vorstoß Lorglers mußte deshalb abgelehnt werden.

Jetzt veröffentlicht Lorgler den Wortlaut seiner nichtgehaltenen Anrede. Daraus ergibt sich, daß sie grobe Unrichtigkeiten gegen die Sozialdemokratische Partei enthält. Das hätte sofort im Aufgaren eine Erwiderung durch den Bezirksvorstand der Berliner SPD erfordert. Wiltis: Distinktion und Streit und alle Folgen. Damit wäre der Sinn der Demonstration verfaßcht und die gewaltige Kundgebung in das Gegenteil dessen umgewandelt, was sie bezwecken sollte und erreicht hat. Es war gut und nützlich, daß Lorgler nicht gesprochen hat!

# Franks Freiheit

## Um den Vorfall des Ueberwachungsausschusses

Auf den Brief des Vorstehenden des Ueberwachungsausschusses des Reichstags, Bäte, hat Reichstagspräsident Göring nicht lassen, daß er um eine Zeilung des Konflikts bemüht ist, daß er mit vorgehlichen, die Wiederberufung um einige Tage hinausgeschoben.

Die neue Sitzung wird, da ein Teil der Mitglieder des Ausschusses nicht mehr in Berlin ist, dem Abgeordneten Löbe in einigen Tagen einberufen.

Der Nazi-Reichstagsabgeordnete Franz II besitzt die Dreifachheit, in einem an den Reichstagspräsidenten Göring gerichteten Schreiben die Forderung zu stellen, dem Abgeordneten Löbe im Wege der Auswahlsbestimmung das Amt des Vorstehenden zu nehmen und ihn durch eine andere vom Ausschuss zu wählende Persönlichkeit zu ersetzen. Die nationalsozialistischen Mitglieder des Ueberwachungsausschusses würden, solange dieser Forderung nicht stattgegeben sei, Sitzungen des Ausschusses mit allen parlamentarischen und gesetzlich erlaubten Mitteln unmöglich machen. Löbe müßte sich für seine dem Führer der NSDAP, angebotene Berührungsimpfung entschuldigen.

# Zwei Minuten erschütter Vorübergehendes Erdbeben in Karlsruhe

Karlsruhe, 8. Februar.  
Im Karlsruher Stadtgebiet wurde Mittwoch vormittags, kurz nach 8 Uhr, ein starkes Erdbeben verspürt. Die Bewohner verließen teilweise die Häuser. Das Erdbeben dauerte etwa 2 Minuten. Auch außerhalb Badens wurde es verspürt und registriert. Auf dem Rande waren teilweise stärkere Erschütterungen bemerkbar als in Karlsruhe-Stadt.

Das Erdbeben, von dem der Freiburger Baden am Mittwoch früh heimgeschickt wurde, ist um 7.08 Uhr auch in Strahburg und Umgebung registriert worden.

# Weniger Nazistudenten Niederlage bei Hochschulwahlen

## Eigener Bericht

Köln, 8. Februar.  
Eine empfindliche Niederlage erlebten die Nationalsozialisten bei den Hochschulwahlen an der Universität und der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn.

Die Wahlteilnahme ging gegenüber dem Vorjahr um vier Prozent auf 67 Prozent zurück. Die Stimmenzahl der Nationalsozialisten betrug 837 gegenüber 1157 bei der letzten Wahl. Sie erhielten statt 19 nur 14 Mandate. Auch der Reichshöfischer Korporationen hat einen erheblichen Verlust zu verzeichnen. Die Stimmen gingen von 1059 auf 895, die Mandate von 18 auf 15 zurück. Der Verlust des Nationalen Hochschulblocks betrug 55 Prozent. Die Stimmenzahl sank von 380 auf 169, seine Mandate sanken von 9 auf 6. Der Weingarten erhielt 519 (vorjährige Wahl: 668) Stimmen und 9 (11) Mandate. Die katholischen freien Studenten brachten es auf 151 (823) Stimmen und 9 (10) Mandate, die katholischen Theologen 213 (263) Stimmen und 3 (4) Mandate, der Republikanische Block 206 (270) Stimmen und 3 (4) Mandate, die evangelische Studentenschaft 234 Stimmen und 4 Mandate, die konfessionelle katholische Liste 105 Stimmen und 2 Mandate, Deutsche Wehrstudenten 155 Stimmen und 2 Mandate. Statt bisher 72 wurden diesmal nur 64 Vertreter gewählt.

# Vom „Kameraden“ erschossen Eigener Bericht

## Hamburg, 8. Februar.

Der in der Toilette eines Hamburger Nazi-Kafes stehend aufgefundenen SA-Kameraden ist von einem seiner Kameraden erschossen worden. Der Täter hat sich im Hof der Polizei gestellt. Er behauptet, der tödliche Schuß sei aus Versehen von selbst losgegangen. Nach der Tat hat er den Revolver in einen Kanal geworfen.

Der Erschossene wurde von der gesamten Nazi-Pressen als Märtyrer und Opfer von „Hitler-Ordnung“ gefeiert. An diese Klage knüpfen sich gleichzeitig wilde Nachgeschwätze gegen die Nazis.

# SA überfällt Naziopposition

Am Mittwoch drangen in Berlin sieben schwerbewaffnete SA-Meute in die Geschäftsräume des Nazioppositionsbüros „Der deutsche Weg“. Die sieben Angehörigen wurden mit Revolvern in Schach gehalten und dann gefesselt. Nach dem die Wandtücher fälschlicherweise als Schriftstücke eingepackt hatten, verhafteten den sie.

# 9500 km geflogen Neuer Flug-Weltrekord

Die englischen Flieger Gayford und Nicholls, die am Montag früh an Bord des Flugzeugs „Mystery“ („Geheimnis“) auf dem Flugplan von Canswell gestartet waren, um einen neuen Fernflugweltrekord auf der Strecke London-Südafrika aufzustellen, sind am Mittwochsabend etwa 480 Kilometer nördlich von Kapstadt gelandet.

Sie haben damit den von zwei Amerikanern im Juli 1931 mit einem Flug von New York nach Konstantinopel aufgestellten Rekord erheblich überboten. Die zurückgelegte Strecke beträgt rund 9500 Kilometer, während der frühere Rekord sich auf 8065 Kilometer belief.

Abnung von sich gegeben hat und welche Antwort darauf die deutschnationalen Herren Jugenbergs, Papen, Selbte und die Einzelretter Bang und Rohr-Demmin gegeben haben könnten, entzieht sich unserer Kenntnis.

Es war wieder einmal nichts mit der Einführung der großen Rettungspläne Hilters, die angeblich schon seit Jahren in der Schublade seines Geheimkabinetts schlummern.

Seine Anhänger und Gläubigen waren mit Schmerzen und mit ihm: Herr, gib sie uns, damit wir wieder die Feinde besiegen. Zwar hat Adolf Hitler in die Schwade gegriffen, aber es war nur die Schwade des Feindes. Und was er herorgeworfen hat, war ein Instrument gegen die Presse- und Meinungsfreiheit in Deutschland, aber kein Instrument zum Kampf gegen die Not.

Was den ihm patentierten Weg zu Arbeit und Brot anbetrifft, so hält sich Herr Adolf Hitler immer noch in barnährigen Schwärmen. Was er der Presse erzählt hat, ist die Antinomie, daß er die Energie und den Willen habe, durchzuführen, was er sich vorgenommen habe. Aber was um Gottes Willen hat er sich vorgenommen? Er will es durchführen, und wenn das ganze Volk mit Steinen auf ihn werfe. Was mag er sich nur vorgenommen haben, wenn er solche Behauptungen macht?

U. a. hat Herr Hitler dem amerikanischen Kreis Berliner Journalisten erklärt: „In zehn Jahren wird es in Deutschland keinen Marxismus mehr geben.“ Da hätten wir also zu den beiden erprobten Sechsjahresplänen auch noch einen Zehnjahresplan!

Mit diesem Zehnjahresplan nun ist es eine besondere Sache. Den hat Hitler zum Unterschied von den Sechsjahresplänen bereits in Angriff genommen. Sein Wille, die Jugenbergsche Parole „Kampf dem Marxismus“ in die Tat umzusetzen, läßt sich schließlich nicht bestreiten. Immerhin will er dazu zehn Jahre Zeit haben. Man sieht: mit jedem Tag mehr, der Herrn Hitler als deutschen Reichsführer zeigt, werden seine Prophezeiungen langfristiger und vorsichtiger. Gewissen am diesem Zehnjahresplan gegen den Marxismus war also der Sechsjahresplan schon eine unvorsichtige und kurz beschränkte Prophezeiung.

Warum aber ist nicht dieses an sich belanglose Mitteilungsbüro gegenüber der Presse? Doch dazu in einem eigens ausgewählten Kreise, dem überaus „Novemberpartei“, angehören. Warum, wenn schon ein Mitteilungsbüro bestand, eine so merkwürdige Idee, die es Herrn Hitler nicht gestattete, auf Fragen der Pressevertreter zu antworten.

Goldte er gefährlich haben, in einem großen





# Mitteldeutscher Braunkohlenbergbau im Jahre 1932

## Der Arbeiterschaft wurde die Last der Krise aufgebürdet

I.

Von der Wirtschaftskrisenjahre des Jahres 1932, verdrängt durch die Folgen der Kreditkrise des Vorjahres, wurde auch der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau betroffen. Im Vergleich zum Vorjahr sind in Produktion und Absatz erhebliche Rückschläge zu verzeichnen.

Die Zahl der Betriebe verringerte sich nach den betrieblichen Angaben von 301 auf 277. Der Rückgang beträgt gegenüber dem Vorjahr 8 Prozent.

Wenn die Unternehmer darauf hinweisen, daß die Betriebshilfsleistungen auf die Wirtschaftskrisenjahre zurückzuführen seien, so trifft das nicht zu. Betrachtet man die allgemeine Zusammenfassung der Zahl der Betriebe (seit 1923 237 Zehntausende) ist die Konzentration der Braunkohlenbergbau-Unternehmen und die damit verbundene Rationalisierung. In immer größerem Umfang gehen die Unternehmer dazu über, kleine Tagebauwerke mit geringen Flüssen und vor allem Tieftaubwerke stillzulegen und deren Produktion auf die leistungs-fähigeren Großtagebaue zu übernehmen. Daraus ist auch der dauernde Rückgang der Kohlenförderungen der Tieftaubwerke zu erklären.

Die Produktion im vergangenen Jahre betrug in Tonnen:

Monat	1932	1931	1930
1. Vierteljahr 1932	19 002 870	4 626 878	133 243
2. Vierteljahr 1932	18 181 116	5 015 282	145 080
3. Vierteljahr 1932	20 579 008	5 134 141	146 989
4. Vierteljahr 1932	22 411 111	5 241 147	147 223

Jahr 1932: 80 081 798 1931: 20 707 588 1930: 570 556

Die Kohlenförderung belief sich 1932 auf 80,8 Millionen Tonnen gegenüber 88,4 Millionen Tonnen 1931. Sie ging um 8,5 Prozent zurück. Bei der Kohlenförderung trat ein Rückgang von 21,5 Millionen Tonnen 1931 auf 20,7 Millionen Tonnen im vergangenen Jahre, also um 8 Prozent ein. Am geringsten ist die Abnahme bei der Kohlenproduktion, die von 679 908 Tonnen auf 570 588 Tonnen 1932 oder um 1,6 Prozent sank. Im letzten Vierteljahr 1932 trat erstmalig ein stärkeres Ansteigen der Kohlenförderung in Erscheinung.

Der Absatz hielt sich in den Grenzen des Rückgangs der Produktion.

Es ist sowohl in der Industrie als auch im Hausbrand-Geschäft der Absatz und Verbrauch erheblich zurückgegangen. Die produktionswirtschaftlichen Maßnahmen des Auslandes, wie Österreich, Tschechoslowakei, Dänemark und Dänzig, führten ebenfalls zu einer Verengung der Absatzwege. Das Stapeln von Exportverträgen war deshalb nicht zu vermeiden. Es lagen Anfang 1932 und 1 Million Tonnen Brutto in den beiden Zündfabriken auf Stapel, die sich im Laufe des Sommers auf etwa 400 000 Tonnen verringerten, bis zum Dezember oder wieder auf 850 000 Tonnen anstiegen.

In der Leistungsfähigkeit der Arbeiter ist die entgegengesetzte Entwicklung festzustellen als bei der Kohlenförderung. Dem Vorrückgang von 8,5 Prozent folgte eine Leistungsfähigerung von Mann und Schicht von 5,30 auf 5,66 Tonnen oder um 6,6 Prozent gegenüber. Hierin ist nicht nur das Ergebnis der durchgeführten Rationalisierung der Betriebe, sondern in hohem Maße die härtere Anwendung der menschlichen Arbeiterschaft zu erklären. Bemerkenswert ist, daß die Leistungsfähigerung trotz einer längeren Arbeitszeit als im Jahre 1930/31 erzielt wurde.

Die Beschäftigtenentwicklung war auch im vergangenen Jahre weiter rückläufig. Im Jahre 1931 betten wir im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau eine durchschnittliche Beschäftigung von 57 066 Mann im vergangenen Jahre auf nur auf 54 522 Arbeiter (anf. Es trat mithin eine Verminderung der Arbeiter um 4,4 Prozent ein. Im Laufe des Jahres 1932 erfolgte eine tatsächliche Verringerung der Arbeitszeit nicht.

Die Werke gingen aber dazu über, infolge Arbeitsmangels in großem Umfang Feierstunden und Kurzarbeit anzuordnen. Die gewerkschaftliche Forderung auf Einführung der 40-Stunden-Woche lehnten die Unternehmer ab. Interessant war, wie sich die Braunkohlenindustriellen von dem Wirtschaftsprüfungsausschuss von Baden stellten. Es sei festgestellt, daß sie im allgemeinen von der Möglichkeit der Räumung der Tarifhöhe keinen Gebrauch machten. Das war auch nicht gut möglich, ist doch der Lohn des Braunkohlenarbeiters schlechter nicht mehr zu setzen. Um die Vorteile der Steuerergänzungen und Einheitslohnprämien trotzdem zu genießen, gingen die „prinzipiellen“ Gegner einer Arbeitszeiterhöhung dazu über, in ihren Betrieben die 36- und 36- oder 36- Stunden einzuführen. Diese Maßnahme wurde sich für sie zu einem guten Geschäft aus.

Am 1. Januar 1932 wurden die Tarifhöhen auf Grund der Rotverordnung um 15 Prozent herabgesetzt. Die Effektiv-Zuschüsse sanken von 7,03 Mt. 1931 auf 5,78 Mt. 1932 je Schicht. Der tatsächliche Rückgang betrug also 17,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das Einkommen der Arbeiter ist infolge der Preisrückgänge und Kurzarbeit noch viel stärker gesunken.

Auch die Preise für Braunkohlenerzeugnisse wurden auf Grund der Rotverordnung um 10 Prozent gesenkt. Die Höchstpreise für Hausbrandkohle sind von 16 Mt. auf 14,40 Mt. pro Tonne und für Industriebräunerei von 13,40 Mt. auf 12,60 Mt. pro Tonne herabgesetzt.

### Das Syndikat

Mitte Januar 1932 kam nach langwierigen Verhandlungen das neue mitteldeutsche Braunkohlen-Syndikat zustande. Wegen der unüberwindlichen Preisinkontinuität, wie sie in den fortwährenden Unterbietungen der einzelnen Werksabnahmehilfsstellen betrieben wurde, hatte der Preisverhandlungsausschuss die Umbildung des Syndikats verlangt. An Stelle des bisherigen

Berechnungs- sollte ein Verkaufssyndikat treten. Das neue Syndikat sollte die Anarchie der Preisbildung beseitigen, eine gleichmäßige Beschäftigung der Werke durch den sogenannten Mengenausgleich garantieren und ein allgemeines Wettbewerbsverbot für die Werksbetreiber bringen. Es gelang nicht, infolge des Widerstandes der Großbetriebe ein reines Verkaufssyndikat zu bilden.

Nach einem Jahr praktischer Tätigkeit muß gesagt werden, daß auch das neue Syndikat genau so wie früher ein Berechnungs-Syndikat ist.

Die Preisfestsetzungen werden auch jetzt lustig weiter betrieben. Um den Mengenausgleich wird ein erbitterter Kampf der Konzerne untereinander geführt. Die Bestimmung, daß die Verkaufsgeschäftlichen der Werke nur 75 Prozent ihrer Produktion liefern zu dürfen aber nur die 25 Prozent der Verkaufserlöse zu behalten darf und letztere auch berechtigt ist, Aufträge an Verkaufsstellen anderer Werke abzugeben, steht leider nur auf dem Papier.

Einige Vertriebsgesellschaften verkaufen trotz scharfer Strafbestimmungen über die ihnen befallenen 75 Prozent hinaus die Produkte ihrer Werke.

Der Justizenausschuss des Syndikats ist vollbeschäftigt — er kennt keine Feierstunden und die ausgereizten Gemüter zu beruhigen. Die Ansprüche, die sich auch bei dem jetzigen Syndikat zeigen und die auf die Dauer unerträglich werden, sind nur durch die Schaffung eines strengen Verkaufssyndikats zu beseitigen. Ermahnend ist es noch, daß trotz nach Gründung des neuen Syndikats für ganz Mitteldeutschland die Einführung einer Einheitsmarke für Braunkohle beschlossen wurde. Die Lieferung der Braunkohle erfolgt mit dem Ausdruck „Sommer“.

### Merseburg

(Schäftsstelle: Telephon Nr. 3288.)

**SPD-Ortsverein Merseburg.**  
Die für heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus anberaumte Funktionärsversammlung findet bestimmt statt. Sollte jedoch die Demonstration erst nach 8 Uhr beendet sein, findet die Funktionärsversammlung erst am 9. Uhr statt.

**Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit ist in Merseburg zu verzeichnen.** Sie sank um 288 auf 3118 am Anfang Februar. Von ihnen beziehen jedoch 262 Arbeitslosengeldleistungen und 668 Arbeitslosenunterstützung. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfte auf die Einstellungen in Seuna zurückzuführen sein.

**Vollbeschäftigung.** Die Arbeitsgemeinschaft Schwertzen, Bildner und tätige Bildhauer, fällt am Freitag, dem 10. Februar, infolge Erkrankung des Dirigenten aus.

montags während der Dienststunden (Sonntags, Mittwochs und Samstags von 9 bis 13 Uhr) zu ideenreichem Einsatz aus.

Einprüfungen gegen die Wahlparteien sind nur innerhalb der oben angegebenen Auslegungzeit zulässig. Sie sind im Wahlamt zur Niederschrift des durch bestimmten städtischen Beamten oder durch besondere Eingabe bei dem Magistrat zu erheben.

Für diejenigen Stimmberechtigten, welche zur Kreispräsidienwahl am 13. März 1932 vom Magistrat Merseburg eine amtliche Benachrichtigungskarte über ihre erfolgte Eintragung in der Stimmkarte erhalten haben, erübrigt sich eine Einschuldung der Stimmkarte, sofern nicht seit dieser Zeit ein Wohnort- oder Wohnungswechsel stattgefunden hat.

Eine Mitteilung über die Eintragung in die Stimmkarte ist den bevorstehenden Wahlen erhalten die Wahlberechtigten nicht.  
Merseburg, den 7. Februar 1933.  
IX. 197/45. Der Magistrat. (Wahlamt.)

**Lausendjahre.**  
Veränderungen zum Ansatze eines Werbeplatzes. Der Arbeitsausschuss für die Lausendjahre hat beschlossen, zur Erlangung eines wirkungsvollen Werbeplatzes zur Lausendjahre einen Wettbewerb unter heimischen Künstlern auszusprechen. Dessen sollen sich alle Bürger beteiligen, soweit sie in der Lage sind, geeignete Entwürfe zu fertigen bzw. auch Vorschläge zu bringen. Der Entwurf des Plakats soll die Größe von etwa 22x28 Zentimeter haben. Dasselbe wird später entsprechend vergrößert.

Die drei besten Arbeiten werden mit einem Preis im Betrage von 50 RM, 30 RM und 20 RM ausgezeichnet. Hierfür geben diese Arbeiter in der Eigentum der Stadt über. Entwurf sind bis zum 28. Februar unter der Aufschrift „Werbeplakat zur Lausendjahre“ und Kennwort an das städtische Verkehrsamt, Rathaus, Zimmer 1, einzureichen. Dem Entwurf ist im verschlossenen Briefumschlag mit der Aufschrift und Kennwort der Name des Bewerbers beizufügen.  
Merseburg, den 4. Februar 1933.  
161/56. Der Arbeitsausschuss für die Lausendjahre.

**Rattenbeseitigung.**  
Unter Bezugnahme auf eine Anfründigung vom 19. Dezember d. J. wird auf Grund des § 19 der Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten, betreffend Feld- und Forstschädigung von

Ein Anhalt festgenommen. Heute morgen wurde der Schreinermeister A. wegen unzulässiger Annäherung an Kinder festgenommen und der Kriminalpolizei angeführt.

**Verkehrsunfall.** Gestern gegen 19 Uhr ereignete sich ein letzter Verkehrsunfall in der Kleinen Hallischen Straße. Ein Kraftfahrzeug fuhr beim Überholen auf einen Handwagen auf. Es entstand nur geringer Sachschaden.

### Was sind ausländische Leute?

Schlechte „Anfängliche Leute“ ins Stadtparlament. Diese ohne weiteres hergehörige Förderung dieser Stadtparlamentarier Alfred Müller in der Generalversammlung der Schützengilde Dandwerker auf. Leider unterließ es dieser Parteigänger Dandwerker, sich deutlicher zu erklären, ob er sich für seine Person zu den ausländischen oder unanständigen Leuten zählte. Wir wollen über den Zeitgenossen Alfred Müller kein Urteil fällen, das Objekt lohnt nicht. Die Deffektivität hat jedoch ein Recht darauf, zu erfahren, was er unter „Anfängliche Leute“ versteht.

Als Mitglied des städtischen Wohlfahrtsausschusses macht es keinen Unterschied, ob er nichtig aus, wenn er in den meisten Sitzungen dieser gegenwärtig wichtigsten Kommission mit Abschieden glänzt. Wenn er aus purem Zufall aus und zu doch einmal erfährt, kann nur aus dem Grunde, um als Beisitzer in der „Anfänglichen Leute“ nicht in Begehrtheit zu geraten. Ein empfindlicher Schlag wurde dem „Anfänglichen“ des Herrn Direktors A. D. darüber verlegt, daß in der letzten Stadtparlamentarversammlung in unangenehmsten Fällen bei einer wichtigen Session der Stadtparlamentarier entpöbelnd geriet wurde. Rückfälligkeit, nicht wahr!

Herr Alfred Müller redete in der Dankwörterverlesung den Anwesenden ins Gesicht, bei der Kommunalparlamentarier „neuen Zeitgeist“ bedauern zu tragen mit anderen Worten, daß Vertreter dieses Zeitgeistes nicht zu übersehen. Zur Ehre der Dankwörter sei gesagt, daß sie in ihrer Weisheit von dem seltsamen Heiligen mit dem Salzfleisch abdrücken. Wir werden dafür Sorge tragen, daß am 12. März der „neue Zeitgeist“ im Kommunalparlament keinen Einfluß erhält.

### Die Schwarzweißrote Front zusammengebrochen!

Schaffstädt, den 8. Februar.  
Räum 24 Stunden nach Auflösung der Gemeindepartei waren Dienstag abend die nationalen Fronten in Schaffstädt zusammengekommen, um den Einmünderschaft ihre Räte zu präsentieren. Es genigte eine Viertelstunde, und die Teilnehmer gingen in die Luft, weil man die „Mischungen“ wegessen hatte. Und die Stürmer am Ende der Räte hatten sich schon abgetrennt, sich betrunken zu werden. Das mit den Räten sympathisierende Magistratsmitglied lag noch mit seinem großen Bruder im Fichtelgasse, wo er schlief barbi, wieder als Magistratsmitglied dominieren zu können.

Schaffstädt Wähler! Kleinbauern, Hausbesitzer und Arbeiter! Seht Ihr nicht das Intrigenpiel? Habt Ihr nicht die Kopfbreite hinter Euch in den letzten drei Jahren, was jene für Euch abgesehen? Keine Stimme diesen großen und kleinen „Nationalen“! Wasist Sozialdemokratie!

### Ämliche Bekanntmachungen der Stadt Merseburg

Nr. 6 Donnerstag, den 9. Februar 1933

**Aufforderung zur Einreichung der Wahlvorläufe für die Stadtparlamentarierwahl.**

Der Magistrat fordert hiermit zur Einreichung von Wahlvorläufen für die Stadtparlamentarierwahl auf. Die Wahlvorläufe sind bei dem Vorstehenden des Wahlbüros, Herrn Oberbürgermeister Dr. Weisbach, spätestens bis zum 23. Februar 1933 einzureichen.

Ueber den Inhalt der Wahlvorläufe bestimmt die Wahlordnung in der Fassung vom 25. Juli 1929 folgendes:

§ 37.  
In den Wahlvorläufen sollen die Bewerber mit Zu- und Vornamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf, sowie ihre Wohnung zu bezeichnen angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

§ 38.  
Die Unterzeichner der Wahlvorläufe sollen ihren Unterchriften die Angaben ihres Berufes, Standes und ihrer Wohnung beifügen.

§ 39.  
(1) Mit den Wahlvorläufen sind einzureichen:  
1. Die schriftliche Erklärung der Bewerber, daß die Aufnahme ihrer Namen in den Wahlvorläufe zustimmen. Eine telegraphische Erklärung gilt als schriftliche Erklärung, wenn sie durch eine spätestens am dritten Tage nach Ablauf der Frist (§ 35) eingehende schriftliche Erklärung bestätigt wird. Bei Abgabe dieser Erklärung ist Selbstretzung durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter zulässig, wenn der Bewerber nachweislich verhindert ist, die schriftliche Erklärung rechtzeitig einzuweisen.  
2. Die Bescheinigung des Gemeindevorstandes, daß die Bewerber am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet haben, Reichsangehörige sind, in der Gemeinde seit 6 Monaten wohnen und nicht gemäß § 2 Abs. 2 des Gemeindevorstandesgesetz vom Wahltag ausgeschlossen sind.  
3. Die Bescheinigung des Gemeindevorstandes, daß die Unterzeichner des Wahlvorläufes in der Bürgerliste eingetragen oder mit einem Wahlchein versehen sind.

(2) Im Falle des § 2 Abs. 6 des Gesetzes vom 9. April 1923 (W. E. 88) findet, sofern ver-

dränge Personen auf einem Wahlvorläufe ihres Aufenthaltsortes aufgeführt werden, Nummer 2 hinsichtlich des Wohnortes und der Wohnfläche keine Anwendung.

(3) Der Gemeindevorstand hat die Bescheinigung auf Antrag gebührenfrei auszustellen.

(4) Die Wahlvorläufe müssen von mindestens zehn in der Gemeinde zur Ausübung der Wahlrechts berechtigten Personen unterzeichnet sein. § 40.  
Die Wahlvorläufe können eine beliebige Zahl von Bewerbern enthalten.

§ 41.  
(1) Jeder Wahlvorläufe soll durch den Namen einer Partei oder durch ein sonstiges Kennwort bescheidet werden, das ihn von allen anderen Wahlvorläufen deutlich unterscheidet. Irreführende Kennwörter sind unzulässig.

(2) In jedem Wahlvorläufe muß ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter bescheidet werden, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Vorstehenden des Wahlbüros befähigt sind. Besitzt diese Bezeichnung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter.

(3) Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorläufes schriftlich, daß der Vertrauensmann oder der Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmannes, sobald die Erklärung dem Vorstehenden des Wahlbüros eingereicht ist. § 42.  
Gemäß § 5 Satz 4 des Gemeindevorstandesgesetzes findet eine Verbindung von Wahlvorläufen nicht statt.

Merseburg, den 8. Februar 1933.  
IX. 197/237. Der Magistrat.

**Auslegung der Stimmkarte für die Reichstagswahl und für die Wahl zum Preussischen Landtag am 5. März 1933 sowie für die Provinzialparlamentarierwahl und Stadtparlamentarierwahl am 12. März 1933.**

Die Stimmkarten für den Stadtrat Merseburg liegen vom Sonntag, dem 19. Februar, bis einschließlich Sonntag, dem 26. Februar, 1933, im Wahlamt, Rathaus, Zimmer Nr. 1, Edesgäßchen,

30. August 1930 (Amtsblatt 1930 Stück 35, Sonderbeilage Seite 1) für den Stadtkreis Merseburg folgende:

Polizeiliche Anordnung  
erlassen:

1. Mit der Durchführung der Rattenbeseitigung wird am Dienstag, dem 14. Februar, begonnen. Mit der mitwirkenden und organisatorischen Leitung der Maßnahmen ist das bakteriologische Institut der Landratsämter in Halle a. S. beauftragt worden. Die Auslegung der Präparate, die für Menschen und Haustiere unbedenklich sind, erfolgt durch besondere Auslegungsförmeln der Stadt. Soweit erforderlich, werden alle bebauten und unbebauten Grundstücke, insbesondere Wasserläufe und Kanalisationsanlagen, nach Maßgabe des leitenden Sachverständigen mit Präparaten besetzt.

2. Die in der Polizeiverordnung näher Bezeichneten (Gärtner, Bäcker, Fleischer, Metzger, Wirt, etc.) sind verpflichtet:

a) den Anordnungen der mit der Auslegung der Präparate Beauftragten Folge zu leisten,  
b) die Auslegung der Präparate auf Verlangen zu beschleunigen,  
c) die entstehenden Unkosten der Reinigungsmaßnahmen anteilig, je nach Größe der Grundstücke, zu tragen.

3. Auf Verlangen des leitenden Sachverständigen besondere vorbeugende Maßnahmen zu treffen, wie z. B. das Abdichten von Kelleröffnungen, Rattenlöcher usw.

Den mit der Durchführung der Maßnahmen beauftragten Personen, die mit polizeilichen Anordnungen versehen sind, ist der Zutritt zu allen Grundstücken und Bauhöfen zu gestatten. Sie sind von den Grundstückeigentümern in jeder Weise zu unterstützen, um einen recht guten Erfolg zu erzielen.

Ich weile noch darauf hin, daß die Durchführung meiner angeordneten Maßnahmen notwendig durch Verhängung von Zwangsgebühren erzwungen werden kann.

Ferner wird noch darauf hingewiesen, daß die entstehenden Kosten einer Verhängung der Arbeiten umgelegt werden und erst dann auf besondere Zahlungsaufforderung an die Stadtkasse zu zahlen sind.  
Merseburg, den 7. Februar 1933.  
Der Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde.  
Nr. 241/168

### Probenausstellung, Karlsruher Nr. 4.

Mittwoch, den 15. Februar 1933, von 10 bis 11 1/2 Uhr Anhöhe.  
Donnerstag, den 16. Februar 1933, von 15 bis 16 1/2 Uhr Beckau.





